

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

3.8.1891 (No. 210)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 3. August.

N^o 210.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 3. August.

Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß im ungarischen Abgeordnetenhaus die Oppositionsparteien mit allen parlamentarischen Kunstgriffen das Zustandekommen der Verwaltungsreform zu verhindern suchen. Der Ministerpräsident Graf Szapary besteht aber mit fester Entschlossenheit auf dieser Reform und er hat dabei die volle Zustimmung des Kaisers für sich, der bei seinem letzten Aufenthalte in Ungarn nachdrücklich auf die Nothwendigkeit der Verwaltungsreform hingewiesen hat. Lange setzte Graf Szapary der Obstruktionstaktik der ihm feindlichen Parteien Geduld und Unverdroßtheit entgegen, jetzt ist das Maß seiner Geduld indessen doch erschöpft. Er hatte am Donnerstag in Gegenwart des Barons Podmaniczky (des Führers der liberalen Partei) eine Besprechung mit den oppositionellen Parteiführern, Grafen Apponyi und Gabriel Agron, um die Letzteren zu veranlassen, daß sie ihre Obstruktion fallen lassen. Der Ministerpräsident machte das Zugeständniß, daß, wenn die Opposition jetzt der Berathung über den ersten Abschnitt der Gesetzesvorlage keine Schwierigkeiten bereiten wolle, die Erledigung der übrigen Abschnitte auf den Herbst vertagt werden solle. Die Vertreter der Opposition zeigten aber keine Lust, auf dieses Zugeständniß einzugehen, und auch in den am Freitag und Samstag abgehaltenen Fraktionsversammlungen der Opposition wurde beschlossen, das Anerbieten des Ministerpräsidenten abzulehnen. Daniel Franz erklärte, daß er das Zustandekommen des Verwaltungsgesetzes überhaupt unter gar keinen Umständen wünsche, welcher Ansicht auch Agron beitrug. Die Opposition sei also entschlossen, die Obstruktion fortzusetzen, aber Graf Szapary ist seinerseits ebenso fest entschlossen, dieser Verschleppungstaktik ein Ende zu machen. Die Regierung plant entschiedene Schritte, über die jedoch einwärtigen noch nichts Näheres verlautet. Wie das Wiener „Fremdenblatt“ meldet, wird die Aenderung in der parlamentarischen Lage sich heute entscheiden; die Regierung werde heute dem Abgeordnetenhaus die Mittheilung von den Maßregeln machen, die nach der Ablehnung des Vermittlungsvorschlags erforderlich sind, um die Würde und die Ersprießlichkeit der Parlamentsverhandlungen gegenüber dem Verfahren der äußersten Linken sicher zu stellen. Vielfach hält man eine Parlamentsauflösung für möglich. Diese Vermuthung eilt aber dem Entwicklungsgange der Dinge voraus. Wie das „Fremdenblatt“ weiter berichtet, ist die Auflösung des Reichstags vorerst ausgeschlossen. Zunächst sollen permanente Sitzungen versucht werden, welche nur durch die Delegationen, das Budget und dringende Vorlagen unterbrochen würden.

Deutschland.

* Berlin, 2. Aug. Seine Majestät der Kaiser ist gestern Mittag an Bord der Yacht „Hohenzollern“ in Drontheim eingetroffen. Der Monarch, der sich des besten Wohlseins erfreut, arbeitete während des ganzen Vormittags an Deck des Schiffes.

Ihre königlichen Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden werden, wie Berliner Blätter mittheilen, voraussichtlich gegen Mitte dieses Monats wieder nach Berlin zurückkehren.

Englischen Zeitungen ist aus Sanftbar ein Gerücht übermittelt worden, laut welchem Emin Pascha von Tabora nach Ujiji aufgebrochen, aber bald nordwärts nach Antovi gezogen sei. Weiter hieß es, Emin Pascha wäre zurückgewiesen worden, als er die britische Einflusssphäre erreichte, worauf er einen Umweg gemacht habe und, nachdem er seine in deutschem Solde stehenden Truppen entlassen habe, mit seinen Trägern nach Norden gezogen sei, wahrscheinlich um sein dort zurückgelassenes Elfenbein wiederzuerhalten. Wie der „Nationalzeitung“ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, ist an hiesiger kompetenter Stelle über die von englischer Seite gemeldeten Vorgänge nichts bekannt. Bisher ist auch weder eine Antwort Emin Pascha's auf die bekannten Anweisungen des Majors v. Wislmann eingegangen, noch eine Erklärung auf die an ihn gerichtete Anfrage, ob er bereit wäre, als Reichskommissar in den Reichsdienst einzutreten. Freilich bleibt ungewiß, ob und wann diese Schriftstücke Emin Pascha erreicht haben. Allerdings hat in der Zeit, in welcher ein amtlicher Bericht Emin Pascha's nicht eingetroffen ist, derselbe mit Freunden und Bekannten in Deutschland Privatkorrespondenz geführt, aus welcher jedoch nichts in dem Sinne der von den englischen Blättern mitgetheilten Gerüchte hervorgeht. Auch liegen Berichte des Adjutanten Emin Pascha's, Lieutenant Stuhlmann, meteorologischer Natur, sowie über Routen-

voranschläge vor, die ebenfalls in jenem Zusammenhange nicht in Betracht kommen können. Diese Informationen gehen der „Nationalzeitung“, wie sie hervorhebt, von durchaus zuverlässiger Seite zu. Dasselbe Blatt schreibt: „Was die Absicht Emin Pascha's betrifft, das von ihm zurückgelassene Elfenbein wiederzuerlangen, so ließe sich dagegen kaum etwas einwenden. Hieraus würde sich eventuell auch das Zurückbleiben der im deutschen Solde stehenden Truppen erklären. Jedenfalls ist bisher in keiner Weise ersichtlich, daß Emin Pascha diese Truppen nach Tabora zurückgeschickt habe; vielmehr könnte er ihnen sehr wohl die Anweisung erteilt haben, ihn an einem bestimmten Punkte zu erwarten.“

Wie Berliner Blätter erfahren, soll im Reichsamte des Innern der Entwurf eines Trunkfuchtgesetzes jetzt fertig gestellt sein. Er soll zunächst Seiner Majestät dem Kaiser nach dessen Rückkehr vorgelegt werden.

Daß über die hier jüngst abgehaltene Handwerkerkonferenz ein Bericht ausgearbeitet wird und Sr. Majestät dem Kaiser vorgelegt werden soll, war bekannt, ebenso auch, daß sich die Handwerkermitglieder jener Konferenz einstimmig zu Gunsten der Einführung des Befähigungsnachweises ausgesprochen haben. Nicht bekannt war indessen bisher die Stellungnahme der amtlichen Kreise zu diesen Wünschen. Hierüber will die „Post-Ztg.“ in Erfahrung gebracht haben, daß in Regierungskreisen keine Neigung für eine derartige Maßregel besteht und auch der erwähnte Bericht in diesem Sinne abgefaßt sei. (Damit übereinstimmende Meldungen finden sich auch in andern Blättern.)

Amtlich ist als Ergebnis der am 27. Juli im Wahlkreise Memel-Heidelberg stattgehabten Reichstags-erwahl folgendes ermittelt worden. Abgegeben wurden insgesamt 10 962 Stimmen. Davon erhielt Rittersgutsbesitzer Schlich in Crottingen (konf.) 7230, Rechtsanwält Schein in Heppelberg (deutschfress.) 2018 und Tischlermeister Lorenz in Königsberg 1571 Stimmen. Rittersgutsbesitzer Schlich ist mithin gewählt.

Ueber die Lage der Arbeiter in Schlesien wird berichtet, daß die Arbeiterbevölkerung dieser Provinz in den letzten Monaten fast durchgehends volle Beschäftigung und überall angemessene Löhne gehabt habe. Arbeiterausstände von bemerkenswerthem Umfange fanden in letzter Zeit nicht statt; überhaupt hat die Neigung, Forderungen auf dem Wege der Arbeitseinstellung zu erzwingen, bei den Arbeitern nachgelassen, seitdem wiederholt die Streiks einen für die Arbeiter ungünstigen Ausgang genommen hatten. In der Landwirtschaft hat sich, nachdem einigermassen günstigeres Wetter eingetreten ist, der Bedarf an Arbeitern noch gesteigert; es erscheint zweifelhaft, ob es gelingen wird, allsorts den vorhandenen Bedarf zu decken.

Vor der Einwanderung in England erläßt, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, der großbritannische Generalkonsul zu Hamburg eine Warnung, indem er im Auftrage seiner Regierung darauf hinweist, daß Fremde, welche nach Großbritannien auswandern, in der Annahme, dort Beschäftigung zu finden, aller Wahrscheinlichkeit nach in ihrer Erwartung, dort ihren Lebensunterhalt zu erwerben, getäuscht werden.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet eine Meldung hiesiger Zeitungen, nach welcher der neue preussische Eisenbahnminister Theilen einer Deputation des Vereins für Einführung des Zonentarifs mitgetheilt hätte, daß Versuche mit dem Zonentarif gemacht werden sollen, und zwar sei Berlin als Mittelpunkt des neuen Systems in Aussicht genommen. (Nach dem Depeschensbureau „Herold“ wäre zunächst an Eisenbahnen gedacht, deren ganze Linien in das Gebiet des preussischen Eisenbahnnetzes fallen und deren Endpunkte nicht allzuweit von Berlin entfernt seien, wie beispielsweise die Berlin-Hamburger und Berlin-Stettiner Bahn.)

Gegenüber der Meldung verschiedener Blätter, der „Norddeutsche Lloyd“ unterhandele augenblicklich mit der Reichsregierung, um unter Erhöhung der Reichsunterstützung die 28tägige Expedition der ostasiatischen Dampfer in eine 14tägige umzuwandeln, wird in Bremen erklärt, die Nachricht sei insofern ungenau, als die Unterhandlungen schon vor Monaten stattgefunden haben und der „Lloyd“ sich nicht entschließen konnte, ohne die bislang von der Regierung abgelehnte Erhöhung alle zwei Wochen zu fahren.

Nach einer Zusammenstellung der „Revue générale de la marine marchande“, die in der „Rhein-Westfäl. Ztg.“ auszugsweise mitgetheilt wird, bestand die gesammte Handelsflotte der Welt beim Beginn dieses Jahres aus 43 515 Schiffen, darunter 33 876 Segler mit 10 540 051 To. Gesamtgewicht und 9 638 Dampfer mit 8 286 747 To. Von diesen Dampfern kamen 5 312 auf England, 689 auf Deutschland, 471 auf Frankreich,

419 auf Nordamerika, 350 auf Spanien, 300 auf Italien, 230 auf Rußland, 197 auf Dänemark, 111 auf Oesterreich u. s. w. Es ist bemerkenswerth, daß hiernach Deutschland den zweiten Rang einnimmt, den 1888 noch Frankreich inne hatte. 1873 besaß die deutsche Handelsflotte nur 200 Dampfer, die einen Gesamtgewicht von 142 384 To. hatten. Heute beträgt der Gesamttonnengehalt der 689 deutschen Handelsdampfer 656 182 To. — er hat sich also von 1873 bis 1890 um 460 pro 100 vermehrt, während bei der französischen Handelsflotte die Zunahme in demselben Zeitraum nur 241 pro 100 betragen hat. Die „Revue générale“ gibt zu, daß in Frankreich keine Rheberei bestehe, die dem Norddeutschen Lloyd in Bremen in Bezug auf die Zahl der Schiffe und deren Tonnengehalt gleichkäme. Noch trauriger aber erscheint jener Zeitschrift, daß keine französische Dampfschiffsgesellschaft Schiffe besitze, die sich mit den neuen Schnelldampfern des Norddeutschen Lloyd an Größe und Schnelligkeit vergleichen könnten.

München, 2. Aug. Bezüglich des Empfanges Seiner Majestät des Kaisers, Dekoration der öffentlichen Plätze und Straßen, städtischen Gebäude u. haben die Gemeindefollegien beschlossen, daß die aufzuwendenden Kosten sich innerhalb des Rahmens der Summe von 25 000 M. zu bewegen haben. Von Seite des Magistrats werden nunmehr das Programm und die Kosten der Ausführung desselben genau festgestellt. — Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich ist gestern früh, mit einem österreichischen Hof-Sonderzug über Simbach kommend, im Südbahnhof hier eingetroffen und sofort nach Feldafing weitergefahren. — Prinz Ferdinand von Coburg und seine Mutter, die Herzogin Clementine von Coburg, sind gestern Mittag mittelst Courierzugs nach Tübingen am Starnberger See abgereist, um der Herzogin-Witwe Maximilian in Pöfinghofen und wahrscheinlich auch der Kaiserin von Oesterreich in Feldafing Besuche abzustatten. Die Zeit der Rückkehr ist noch nicht bestimmt. — Von Dr. Dom. Spiliotopoulos, Archimandrit der griechischen Kirche in München, erhält die „Allgemeine Zeitung“ folgende Zuschrift: „Durch die Zeitungen läuft die Notiz, daß die Tante der griechischen Kronprinzessin Sophie, die sich bekanntlich der griechischen orthodoxen Kirche angeschlossen hat, nachträglich von der griechischen Kirche nicht anerkannt werde und daß die Kronprinzessin auf's neue getauft werden soll. Die ganze Nachricht ist aus der Luft gegriffen. Die Tante der Kronprinzessin ist von der griechischen Synode anerkannt worden. Den Patriarchen von Konstantinopel geht die Sache gar nichts an, da die Kirche des Königreichs Griechenland autokephal, d. h. selbständig ist, unabhängig von dem Patriarchen in Konstantinopel.“

Schweiz.

Bern, 1. Aug. Die Festfeier anlässlich des sechshundertjährigen Bestehens der Eidgenossenschaft hat gestern in Schwyz unter großer Theilnahme begonnen. Ein glänzender Festzug bewegte sich zuerst nach der Kirche und von dieser nach dem Festplatze, wo der Ständerath Reichlin die Erschienenen im Namen der Urkantone begrüßte. Nach Reichlin sprachen im Namen des Bundesraths der Bundespräsident Welti und im Namen des Nationalraths dessen Präsident Sacherl. Morgen findet eine Fahrt nach dem Mülli statt, woselbst der Präsident des Ständeraths, Göttschheim, die Festrede halten wird. Auf allen dem Menschenfuße zugänglichen Bergspitzen der Schweiz werden aus Anlaß der eidgenössischen Jubelfeier heute Nacht Freudenfeuer aufklammen. Sämmtliche Ortschaften sind mit Fahnen und anderen Dekorationen reich geschmückt. An vielen Orten fand die Bundesfeier schon im Laufe der Woche, in Verbindung mit Jugendfesten, statt. Die zahlreichen in der Schweiz weilenden Fremden, ohne Unterschied der Nationalität, nehmen mit lebhaftem Interesse an der Feier Theil.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. Aug. Die Prager „Politik“ spricht sich in einem Artikel dafür aus, daß bei Begrüßung der slavischen, zum Besuch der Ausstellung eintreffenden Gäste aus fremden Staaten politische Anspielungen weggelassen werden, da politische Neben dem böhmischen Volke keinen Nutzen brächten. Die „Politik“ hofft, ihre Mahnung werde von den Patrioten beherzigt werden. (Diese Erkenntniß kommt etwas spät, denn bis jetzt waren die panslavistischen Kundgebungen der Junggezeiten von der „Politik“ mit ungetriebtem Wohlgefallen gebüchelt worden. Vielleicht dient zur Erklärung der Schwelung, welche die „Politik“ gemacht hat, folgende Nachricht aus Prag: „Zufolge einer Meldung des Abendblattes wird Kaiser Franz Josef am 15. September zu 14tägigem Besuch in der Prager Hofburg eintreffen.“ Wenn die Czechen

